

Das Verbot der Parteipresse in der Weimarer Verfassung

Ein Beitrag aus den Kreisen der sächsischen SPD.

Die 23. Artikel haben endlich beschlossen, das Schicksal der Parteipresse zu entscheiden, bei dem der Parteivorstand ein entscheidendes Wort mitzusprechen hätte, nicht in Widerspruch zu dem, was die Verfassung selbst über die Pressefreiheit im Artikel 23 festsetzt, damit diese die Schiedsrichter nicht in Widerspruch setzen. Die 23. Artikel haben in der ersten Sitzung nach dem Scheitern der SPD und nachdem von dort aus die Organisation der SPD als eine sozialistische Organisation als Gegenstand zu übernehmen. Der ursprüngliche Artikel ist von einem anderen Artikel, der die Pressefreiheit im Artikel 23 festsetzt, abgetrennt worden, bei welchem die Verfassung selbst die Pressefreiheit festsetzt. Obwohl er heute noch organisatorisch zur SPD gehört, hat er sich der Nationalen Partei angeschlossen. Die 23. Artikel haben in der ersten Sitzung nach dem Scheitern der SPD und nachdem von dort aus die Organisation der SPD als eine sozialistische Organisation als Gegenstand zu übernehmen. Der ursprüngliche Artikel ist von einem anderen Artikel, der die Pressefreiheit im Artikel 23 festsetzt, abgetrennt worden, bei welchem die Verfassung selbst die Pressefreiheit festsetzt. Obwohl er heute noch organisatorisch zur SPD gehört, hat er sich der Nationalen Partei angeschlossen.

gerade untergeordnete Rolle. Das ist eine psychologische Erklärung für die Vorgänge in Sachsen.

Die Pläne der 23 und des Parteivorstandes

Welche Absichten hat gegenüber dieser unklaren, unentschiedenen und schlappem Politik der linken Führer die Politik der 23? Nach mehr als zehnjährigen Sin und Her haben sie nun offenbar die Partei gelassen und sind dabei, die eigene Organisation und eine eigene Presse zu schaffen. Sie sehen die Erfüllung des Zieles, das ihnen und dem Berliner Parteivorstand seit Beginn des Kampfes im Grunde vorliegt.

Die endgültige Liquidierung der früheren USPD, und die Herstellung der Hegemonie des Reichsparteivorstandes auch in Sachsen.

Die Partei ohne hinreichenden Rückhalt auseinanderzubrechen müßte? D. nein! Um ein noch norderer um Scheitern neuerliches Experiment zu unternehmen, dazu sind die 23 zu klug. Sie haben einen Rückhalt in den Kreisen der rechten Gewerkschaften, in der Kautzkanterie der Gewerkschaften, der Kautzkanterie usw. und nicht zuletzt in dem ihr Treuen begünstigten Reichsparteivorstand. Ein Mann, wie der Reichsparteivorstand in Dresden macht sich nicht zum Vorführer der 23, wenn er nicht mindestens eine 90prozentige Sicherheit für das Gelingen der jetzt begonnenen Spaltungsaktion hätte. Das hat sich in den letzten zwei Jahren mit einer peinlichen Vorhut aus dem Kreis der Gruppen festgehalten. Er war nie zu bewegen, für Stellung zu nehmen. Nur im Reichsparteivorstand hat er die Fäden der neuen Parteigründung vorbereitet und alidit nun, nachdem die sächsische Landespartei durch die Schlappe und unumgängliche Politik der linken Führer wurde gemacht worden ist, zum Sturm. Das ist ein vorläufiger Feldherr, er greift nicht eher an, als bis er den Gegner in einer unentzerrbaren Falle sieht.

Der drohende Wurf auf den Reichstagsaußen

Und in eine solche Falle haben sich die linken Führer hineinmanövriert. Wenn die USPD in Gera ihren letzten eigenen Parteitag abhielt, veränderte er, laut, das ist auch in der zweiten Partei ihre Politik fortsetzen würde. Dies Wort haben wenigstens die sächsischen Voten gehalten. Sie haben die radikalste und infamste Politik mit Unterstützung des Parteivorstandes zu retten suchen, was zu retten ist. Die 23 haben seit einem Jahre auch zwei Zellen und Fraktionen in der Partei gebildet. Gegen ihre Organisation, Jersplanung haben die linken Führer mit lendenähnlichen Erklärungen protestiert, ohne die Wahlen auf den Boden eines entscheidenden Kampfes dagegen zu mobilisieren. Sie ziehen die Politik der USPD, die in der Vergangenheit der Partei gegenüber zu retten lassen. Ihre eigenen Anhänger haben sie in die Jubelstimmung und in die Atmosphäre des Vertrauens- und Beratens gelassen. Die neue Organisation der 23 steht nahe. Die Landesinstanzen der sächsischen Partei sind zerfallen, fast abgefallen von den Massen der Partei, und stehen vor dem endgültigen Bruch der USPD. Dieser Bruch, dessen Liquidierung der Berliner Parteivorstand in der Vergangenheit zu verhindern suchte, hat sich aber und breiten konnte, weil viele infamste und radikalste Politik zum Scheitern verurteilt war.

Rechts von den Landesinstanzen steht die Organisation der 23, unterstützt von den reformistischen USPD-Führern, den Gewerkschaften usw. Links von ihnen stehen die Massen der sächsischen Arbeiterpartei, die sich langst von der Politik der 23 abgekehrt haben, aber an den Massen der Partei, die sich langst abgekehrt haben und breiten konnte, weil viele infamste und radikalste Politik zum Scheitern verurteilt war.

Rechts von den Landesinstanzen steht die Organisation der 23, unterstützt von den reformistischen USPD-Führern, den Gewerkschaften usw. Links von ihnen stehen die Massen der sächsischen Arbeiterpartei, die sich langst von der Politik der 23 abgekehrt haben, aber an den Massen der Partei, die sich langst abgekehrt haben und breiten konnte, weil viele infamste und radikalste Politik zum Scheitern verurteilt war.

Die Lehre des Kampfes: Schafft die Einheitsfront

Was soll geschehen und was muß geschehen? Die linken Führer ermahnen die Retrosuren der linken SPD-Arbeiterpartei, weil sie in den letzten Jahren zur Schon getragener Radikalismus nur eine neue Form der Einheitsfront geschaffen hat. Sie fordern die Einheitsfront, die sich langst von der Politik der 23 abgekehrt haben, aber an den Massen der Partei, die sich langst abgekehrt haben und breiten konnte, weil viele infamste und radikalste Politik zum Scheitern verurteilt war.

Das ist die letzte Seite des Verhältnisses der 23 und des Reichsparteivorstandes

Das ist die letzte Seite des Verhältnisses der 23 und des Reichsparteivorstandes gegenüber den Landesinstanzen der sächsischen Partei. Man wollte die Vorkerrschaft der früheren USPD-Wahlkreise verbinden und durch eine Zeitsung der sächsischen Partei die USPD-Werte ausbilden und die sächsische Landespartei zu einem der Berliner Parteivorstand geringen Glied der Gesamt-partei machen.

Die Hegemonie des Berliner Parteivorstandes

Das ist die letzte Seite des Verhältnisses der 23 und des Reichsparteivorstandes gegenüber den Landesinstanzen der sächsischen Partei. Man wollte die Vorkerrschaft der früheren USPD-Wahlkreise verbinden und durch eine Zeitsung der sächsischen Partei die USPD-Werte ausbilden und die sächsische Landespartei zu einem der Berliner Parteivorstand geringen Glied der Gesamt-partei machen.

Die Spaltungsaktion der 23

Die Schaffung der organisatorischen und politischen Hegemonie der Berliner Parteivorstandes geht jetzt durch die von den 23 in Gera eingeleitete Spaltungsaktion über. Die Spaltungsaktion ist ein entscheidendes Ereignis, das die 23 und ihre Anhänger die sächsische Arbeiterpartei fortgesetzt.

Kindereleid und Wirtschaftskrise

Im „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet der Kreisleitungsamtsrat Dr. Weber über die Einrichtungen der Wirtschaftskrise auf den Gesundheitszustand der Kinder. Wir zitieren aus dem Bericht: „Die ungenügende Arbeitszeit muß sich infolge des ausfallenden Verdienstes bei der Verringerung und Abkürzung bemerkbar machen, eine Spargkassen- und eine Sparbank, die die Kinder in eine Beschränkung trifft, die ganz unzureichende und zum Teil angelegene Wohnungen hat.“

Die Haltung der „linken“ Führer

Wie verhält sich die Linke, in deren Händen sich die Partei befindet, wie die gesamte sozialistische Presse Sachsens befaßt? Und wie verhält sie sich zu den „linken“ Führern? Die 23. Artikel haben in der ersten Sitzung nach dem Scheitern der SPD und nachdem von dort aus die Organisation der SPD als eine sozialistische Organisation als Gegenstand zu übernehmen. Der ursprüngliche Artikel ist von einem anderen Artikel, der die Pressefreiheit im Artikel 23 festsetzt, abgetrennt worden, bei welchem die Verfassung selbst die Pressefreiheit festsetzt. Obwohl er heute noch organisatorisch zur SPD gehört, hat er sich der Nationalen Partei angeschlossen.

setzung der Nahrung ist im Gegensatz zu dem erhöhten Verbrauch in den Jahren des Wachstums unzureichend. Ich möchte glauben, daß auch die ganze Stimmung im Hause der Frau, der auf der ganzen Familie lastet, wenn der Ernährer monatlich arbeitslos ist, für das Kind nicht gleichgültig ist. Ich meine, man darf den leichten Fall nicht gering ansehn.

Als ich die Kinder in einer größeren Schule, die zu Eltern zu entlassenden Schulkindern unterrichtete, und zwar in der Gegenwart, in der besonders lange Arbeitslosigkeit herrschte, da war ich doch erfüllt, wie viele kleine und nicht gesunde Kinder zu sehen, besonders wenn man beachtet, daß diese Kinder nun eigentlich in den Beruf, die Arbeit gehen sollen. Es gibt doch zu denken, wenn ein Vater sagt, daß die Kinder in der Schule zu lernen gehen, wie es früher (1), so behält, so überbringt von Übermut wären sie nicht mehr.

Much das enge Zusammenwachsen bringt gesundheitliche Gefahren mit sich, besonders bei solchen Kindern, die schon an und für sich nicht genügend ernährt werden können und deshalb nicht genügend widerstandsfähig sind. Aber haben fünfzig bei 1300 Schulkindern in den verschiedenen Ebenen unseres Kreises einen einzigen Erhebungen angeht. Von diesen 1332 Kindern haben 404 ein eigenes Bett, 983 schlafen mit einer Person, 145 mit mehreren Personen in einem Bett zusammen.

Leber die Ernährung, den Zustand des Schmelzers (siehe die Protokolle) liegen. Das Geld kann nicht in unentzerrten Familien, und die vom Ernährer oder von der Schwelger auf die Schwelger immer wieder vererbten Wälder- und Arbeitsgegenstände sind immer. Weibet man sich zu einer Unternehmung vorher an, so wird wohl, das dem, oder „das Haar Strümpfe“ angezogen, kommt man aber mit ungenügender Ernährung zu tun. Die Kinder sind zu klein, als früher (1), so behält, so überbringt von Übermut wären sie nicht mehr.

Der Bezirksparteitag der SPD. Walfertante

Somburg, 17. Hof. Gellern fand der Bezirksparteitag der SPD. Walfertante statt. Genosse Lehmann hielt das Referat, das bezügliche Zustimmung fand. Genosse Lehmann erhielt Gelegenheit, seine Meinung zu äußern. Die Konferenz leitete eine Resolution über das Referat ab, die mit 6 Stimmen und zwei Resolutionen der Kreisgruppe mit allen gegen fünf Stimmen ab. Die Konferenz nahm die Resolution der Bezirkspartei für politische und innerparteiliche Lage und die Resolution der Partei mit allen gegen sechs Stimmen bei. Die Resolutionen sind: 1. Die Konferenz hat beschlossen, was ausgeführt, die Aussprache fand auf einem hohen Niveau.

Die 23. Artikel haben in der ersten Sitzung nach dem Scheitern der SPD und nachdem von dort aus die Organisation der SPD als eine sozialistische Organisation als Gegenstand zu übernehmen. Der ursprüngliche Artikel ist von einem anderen Artikel, der die Pressefreiheit im Artikel 23 festsetzt, abgetrennt worden, bei welchem die Verfassung selbst die Pressefreiheit festsetzt. Obwohl er heute noch organisatorisch zur SPD gehört, hat er sich der Nationalen Partei angeschlossen.

Die Forderungen der Erwerbslosen vor dem Reichstag

Auf der Tagesordnung der Montag-Sitzung des Reichstags stand als erster Punkt die Beratung kommunikativer Anträge, betreffend die Erwerbslosenfrage. Davon steht der erste Antrag vor:

Die Erhöhung der Unterhaltungsätze um 50 Prozent, die Beilegung der Karenzzeit und die Umgestaltung der Unterhaltung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit; Erwerbslose unter 21 Jahren jenseit der gleichen Bezüge erhalten, wie solche über 21 Jahre. Die nach den Sätzen der Driftklasse B Unterhaltenen sollen in Zukunft die Sätze der Driftklasse A erhalten, die bisher nach den Sätzen der Driftklassen C, D und E Unterhaltenen beziehen in Zukunft die Driftklasse B; Bezüge aus der Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. dürfen auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet werden; bei Beschaffung von geeigneten Arbeiten darf die Unterhaltung nicht entgegen werden, wenn kein Tariflohn gezahlt, sonstige Tarifbedingungen nicht erfüllt werden oder die Gefährlichkeit des Erwerbslosten vermindert wird, den körperlichen Fähigkeiten nicht entspricht oder die zur Ausführung der Arbeiten notwendigen Befähigungsgegenstände nicht vorhanden sind bzw. nicht beschafft werden können.

Der zweite Antrag spricht der Regierung die Möglichkeit über ihre Arbeit aus, eine Stellung der Unterhaltungsätze aus der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen als sogenannte Zwischenlösung durch eine besondere Verordnung vorzunehmen, und fordert umgehenden Ausbau der Erwerbslosenunterstützung.

Der sozialdemokratische Redner Bren beantragt, die Verhandlungen über die Erwerbslosenunterstützung bis Ende Juni zu verlängern, die Anzeigebüroverlängerung müsse über sechs Wochen hinaus ohne Einschränkung einer neuen Karenzzeit durchgeführt und die Unterhaltungsdauer auf 39 Wochen für alle Arbeitergruppen ausgedehnt werden. Redner beantragt die Herabsetzung der kommunikativen Anträge an den Reichstag, fordert aber in seinem Antrag auf Verlängerung der gegenwärtigen Regelung sofortige Entscheidung.

Für die kommunikativen Anträge sprach Johann der Genosse Hädel:

Wenn der Herr Reichsstaatsminister hier erklärte, daß die Erwerbslosen das Gefühl bekommen könnten, daß ihre Interessen von dieser Regierung und diesem Reichstag nicht vertreten würden, dann sage ich, daß sie dieses Gefühl haben und daß wohl niemand mehr als die Erwerbslosen fordern: Sinweg mit diesem Reichs-

tag! Sinweg mit dieser Regierung! Genosse Hädel stellt fest, daß die Fristverlängerung, die die Sozialdemokraten fordern, ein Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses sei und daß hier kein Bericht von diesem Ausschuss vorliegt, die Sozialdemokraten aber den Ausschubehilfen in ihrem Antrag aufgenommen haben. Dies ist aber zu verurteilen, wenn man weiß, daß die Regierung die Absicht hat, bei einer Verlängerung der Frist und Beibehaltung des jetzigen Zustandes den Höchstsatz der Unterhaltung nicht höher als 75 Prozent des tatsächlichen Arbeitsverdienstes zu bemessen. Aber alles das wird verfehlt, wenn man das Ziel der Regierung kennt, das die Arbeitslosenunterstützung ist. Wenn man nun sagt, daß die Unterhaltung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber dem jetzigen Stand noch nicht einmal 75 Prozent des Lohnes betragen, dann stimmt das und dann betonen wir Kommunisten noch einmal und ausdrücklich, daß wir uns mit dieser Arbeitslosenunterstützung nicht einverstanden erklären.

Nun prüft man von einer einseitigen Regelung der Erwerbslosenunterstützung und als solche schwebt der Regierung die Arbeitslosenversicherung vor, auf die seit dem Frühjahr 1924 hingearbeitet wurde. Die Grundlagen der Arbeitslosenversicherung waren gegeben, als mit dem Ermächtigungsgesetz die Dauer der Unterhaltung begrenzt wurde und als auf Grund desselben Gesetzes die Beitragspflicht der Arbeiter für die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde. Seitdem hat die Regierung nun den wichtigsten Bestandteil der Arbeitslosenversicherung, nämlich die Entlohnung der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen, als sogenannte Zwischenlösung eingeführt. Das lehnen die Kommunisten ausdrücklich ab. Gemäß der Verfassung hat jeder Arbeiter das Recht auf Arbeit, und kann ihm keine zugewiesen werden, das Recht auf ausreichende Unterhaltung. In der Reichsverfassung ist alle der Grundrecht auf Arbeit, daß die Versorgung der Erwerbslosen eine Aufgabe des Staates ist. Der Plan der Arbeitslosenunterstützung, führt Genosse Hädel aus, vernichtet ein weiteres verfassungsmäßiges Recht der Arbeiter, doch auf Verfassungsbasis kommt es der Regierung nicht an, wenn es gegen Arbeiter geht.

Genosse Hädel zeigt dann, wie die Regierung diese Zwischenlösung vornehmen will. In den Richtlinien der Arbeitslosenversicherungsgesetzesentwürfs und in den Beschlüssen eines Untersuchungsausschusses des Reichswehrministeriums in Frankfurt am Main wird vorgeschlagen, den Höchstverdiensthöchst auf 40 Mark festzusetzen, während die Regierung in ihrer Beratung 33 Mark vorschlägt. Im Gegensatz dazu und in den Beschlüssen des gleichen Ausschusses wird vorgeschlagen, daß die Unterhaltung 40 Prozent der festgesetzten Einheitslöhne betragen soll. Das Reichsarbeitsministerium weist

auf auch hierin ab und will die 40 Prozent nur dem nachfolgenden Arbeiter geben, während es den übrigen Arbeiter 18 Jahren in den Lohnklassen I und V nur 33 Prozent sein will. Also schon im Aufbau der sogenannten Zwischenlösung wird die Regierung erheblich zugunsten der Erwerbslosen gegenüber den Lohnklassen I, II, III herab gewichtet werden müssen. In III herab gewichtet werden müssen. In III herab gewichtet werden müssen. In III herab gewichtet werden müssen.

Der DGB aber hat die Entlohnung nach Lohnklassen als einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand betrachtet. Man nun das Ergebnis sieht, dann kann man dem Sozialdemokraten nur sagen, daß sie vorher wissen mußten, was aus ihren Richtlinien wird, wenn sie eine Regierung Krants und Schulze auftrug, die Genosse Hädel weist die Gemeinlichkeit der Sozialdemokraten und der Regierung nach, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltung der Erwerbslosen in gewissen Gebieten gegenüber den Lohnklassen I, II, III herab gewichtet werden müssen, und wenn der Parteitag am 20. April erklärt: „Der Heberung zur Lohnsteigerung ist die Absicht, weil er die gelegentlich, besonders in die und beachtlich vorkommenden Lohnüberforderungen beilegt.“

Genosse Hädel befaßt sich in diesem Zusammenhang noch mit Ausrichtungen der Hungerlöhne, die in Deutschland heute noch werden, auf die Säuglingssterblichkeit, Unterernährung und die Krüppelung der Kinder usw., um dann festzustellen, daß in der Zeit infolge der Beilegung der Unterhaltungsunterstützung oder anderer Antriebe vor dem Nichts stehen werden. Arbeitslose, die heute 32 Wochen erwerbslos sind, werden erwerbslos auf eine Unterhaltung von 22 Wochen erwerbslos. Sie werden erwerbslos auf eine Unterhaltung von 22 Wochen erwerbslos. Sie werden erwerbslos auf eine Unterhaltung von 22 Wochen erwerbslos.

Der Lebensmittelpreis der Arbeiter wird härter sein als der anderer Unterhaltungsapparat des bürgerlich-kapitalistischen Staates der heute bereit steht, eine Schelion der hungernden Arbeiter zu verhindern.

In der Abstimmung wird der zuerst aufgeführte kommunikativen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuss übergeben, der am 20. März abgelehnt. Ingenommen wird der sozialdemokratische Antrag, die Verhandlungen über die Erwerbslosenunterstützung unter dem Ende Juni zu verlängern.

Der Kom... durch die... Auszubildende... in ein... inkanden... 216... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30... 31... 32... 33... 34... 35... 36... 37... 38... 39... 40... 41... 42... 43... 44... 45... 46... 47... 48... 49... 50... 51... 52... 53... 54... 55... 56... 57... 58... 59... 60... 61... 62... 63... 64... 65... 66... 67... 68... 69... 70... 71... 72... 73... 74... 75... 76... 77... 78... 79... 80... 81... 82... 83... 84... 85... 86... 87... 88... 89... 90... 91... 92... 93... 94... 95... 96... 97... 98... 99... 100...

Ein altes, wahres Wort: Das Beste ist das Billigste!

Die besten und deshalb billigsten Suppen bereiten Sie mühelos aus **MAGGI®** hochwertigen Suppen-Würfeln. — 1 Würfel für 2 Teller nur 13 Pf.

Große Sortenauswahl



Versäumen Sie unseren

Total-Ausverkauf

wegen Umzuges nicht

So billig kaufen Sie erstklassige **Schuhwaren** nie wieder!

Gebr. Goldmann, Merseburg

Kl. Ritterstraße 12 Kl. Ritterstraße 12

Walhalla-Theater

Leinwand 5 Uhr Telefon 8385

Das Tagesgespräch v. Halle

Das Amorettenhaus!

Operette in 3 Akten von Leo Müler

Werbt i. d. Klassenkampf

Stadt-Theater

Seit Dienstag 7 1/2 Uhr

Palestrina

Kalestria, Jahn 6
Jahn, Schwelke
Ende 11 Uhr

Wittmann 8 Uhr
Heimliche Stadt
Donnerstag 7 1/2 Uhr

Don Giovanni

Ende 11 Uhr

Freitag 8 Uhr
Mischel
Samstag 7 1/2 Uhr

Der Söldner

Ende 11 Uhr

1 Kaninchen-Stall
10 Ubr mit Zunder
Wohlfühl zu verkaufen
R. Schulze, Teubert
607, Zammittage 7

Soldat, Kinde, Frauen
zu verkaufen
Schulze, 13, II

Wunder, Kinder, 4 Pf.
zu St. G. 10, II

Erstklassige Steppdecken

Preis 13,00 bis 50,00

Wiederholungen / m. feiner 10,00 10,00
Wiederholungen / Einfache 3,00 3,50

in nur geborgenen Qualitäten
Ermöglichte Auswahl, Zahlungsvereinbarung
Bestellungen

Bruno Paris

Alte, 11, Eingang, Montags
2. Wilmers, am Markt

Kindersport billig zu verkaufen, Weibens, Gubenstraße 13, 101

Kindersport billig zu verkaufen, Weibens, Gubenstraße 9, 101

Deffentliche Steuermahnung

Die am 15. April und 15. Mai 1926 fällig gemachten öffentlichen Steuern vom Grundbesitz, Gemeindegeldsteuer, Gewerbesteuer sowie Klassen- und Zehnersteuern sind, soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gekündigt sind, nunmehr bis zum 22. Mai ohne Befreiung von Verzugszinsen und vom 25. bis 31. Mai 2. S. unter Einwirkung der Verwaltungen an die öffentlichen Steuerstellen zu entrichten. Die Verwaltungen betragen für jeden auf den Zeitpunkt der Zahlung todesben empfangenen halben Monat 3. u. 5. des tatsächlichen Betrages.

Am 1. Juni 2. S. an werden vorübergehend bestimmte Rücklagen im Wege der Zwangsverwaltung eingezogen werden. Zahlungen können dann nur nach an die öffentlichen Steuerstellen, Rathausstraße 3, Gubenstraße 10, Merseburg, Donnerstag, Freitag 5 bis 6 Uhr nachmittags, Mittwoch, Donnerstag 12 bis 1 Uhr unter Einwirkung der Verwaltungen und Pfändungsbeamten getätigt werden.

Eine Befreiung von Pfändungen findet nicht statt

Halle, den 15. Mai 1926.

Der Magistrat.

Oberhemden, Kragen

Socken, Sporthemden

Schlipse, Stutzen

für den Pfingstgebrauch billig und bestens bei

G. Hoffmann

Merseburg Markt 19

Inhaber: B. Taiga

Blauband in Volksmunde:

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt, Gut, wer Blauband statt Butter nimmt.

Blauband wie Butter

50 Pfennig 1/2 Pfd.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis



Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten

Arbeiter, Angestellte, Beamte

versichert euch und eure Angehörigen nicht bei den privatkapitalistischen Versicherungs-Gesellschaften sondern beugt euch nur euer eigenes Unternehmungs-

Volksfürsorge

Gewerhaftig, Genossenschaftlich
Versicherungs-Attiengeellschaft

Zukunft erstellen bezw. Aufklärungsarbeit vornehmen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 108/109

Die... Im was... Historisch haben... 1923-24 hatte... tages, die dann... mit der nach... fänden einen... sozialistisch-fon... lich plöcklich... netts feldlich... Semingens... der Zustimmung... Sitzung einen... Die Demokratie... Dieter Behlisch... glieber stimmte... 15 werten... 216... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30... 31... 32... 33... 34... 35... 36... 37... 38... 39... 40... 41... 42... 43... 44... 45... 46... 47... 48... 49... 50... 51... 52... 53... 54... 55... 56... 57... 58... 59... 60... 61... 62... 63... 64... 65... 66... 67... 68... 69... 70... 71... 72... 73... 74... 75... 76... 77... 78... 79... 80... 81... 82... 83... 84... 85... 86... 87... 88... 89... 90... 91... 92... 93... 94... 95... 96... 97... 98... 99... 100...